

Initiative gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe in Wiesbaden

Aufruf der Wiesbadener Wohlfahrtspflege, der Kirchen und des Sozialdezernates

Der evangelische Dekan Hans-Martin Heinemann, der katholische Stadtdekan Dr. Johannes zu Eltz, die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und der Sozialdezernent Arno Goßmann starten am Donnerstag, den 7. Februar 2008 eine gemeinsame „Initiative gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe in Wiesbaden“.

Angesichts der Tatsache, dass in der reichen Stadt Wiesbaden über 33.000 Menschen auf staatliche Leistungen zur Existenzsicherung gemäß Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitsuchende und/oder Sozialgesetzbuch XII - Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter angewiesen sind, wollen die Kirchen, die freie Wohlfahrtspflege und das Sozialdezernat ihre Aktivitäten zielgerichtet gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe bündeln.

Ferner wollen sie Politik und Öffentlichkeit über die schwierigen Lebenslagen vieler Haushalte informieren, denn in Wiesbaden leben

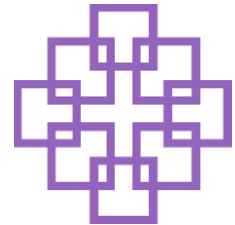
- ca. 25 % der Haushalte in eher prekären Einkommensverhältnissen,
- allein 13 % aller Haushalte sind auf staatliche Existenzsicherungsleistungen angewiesen.
- Besonders sind Familien mit Kindern betroffen von denen in Wiesbaden ein Fünftel auf so genannte Hartz IV-Leistungen angewiesen sind.

In der Arbeitsgemeinschaft der freien und behördlichen Wohlfahrtspflege wurden zur Planung gemeinsamer Aktionen und Maßnahmen **sechs wesentliche Arbeitsfelder** für die Initiative gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe identifiziert, in denen Aktionen und Maßnahmen angeboten und koordiniert werden sollen.

1. Haushalten mit knappen Mitteln - Beratung und Unterstützen der Haushalte bei der Planung preiswerter Einkäufe, bei Schulden etc.

Konkrete Aufgaben in diesem Themenfeld werden u. a. sein:

- die Betroffenen über Strategien des Haushaltens mit geringen Mitteln informieren und beraten (z.B. Haushaltsbuch führen, Anschaffungen planen und hierfür Geld beiseite legen)
- Beratung und Unterstützung bei Überschuldung
- Einrichtung eines Second-Hand-Kaufhauses für Gebrauchtmöbel etc.
- Beratung, Unterstützung und Prävention ist über Stadtteilarbeit erfolgreich



- Broschüre über Vergünstigungen, Beratung etc.
- Tauschringe

2. Bildung: Bildungsteilhabe sichern, Begabungen fördern

In Deutschland sind die Bildungschancen überwiegend mit dem sozialen Status und dem Bildungsstand der Eltern verbunden. Für eine soziale Kommunalpolitik bedeutet dies, dass die Bildungsbeteiligung und damit die Bildungschancen für Menschen aus bildungsfernen und armen Familien systematisch unterstützt und gefördert werden müssen. Bessere Einkommens- und Teilhabechancen sind im Wesentlichen nur über Bildungserfolge zu erreichen!

Konkrete Aufgaben in diesem Themenfeld werden u. a. sein:

- Bildungsangebote für alle Altersgruppen und in allen Angebotsformen so auszugestalten, dass insbesondere Menschen aus bildungsfernen Familien (sozial benachteiligte Menschen aller Altersgruppen) systematisch gefördert werden (zielgruppen-orientierte Elternbildung, Kinderkrippe- und Kindergarten, Grundschulkinderbetreuung, Hausaufgabenhilfen und Förderangebote bis zur Erwachsenenbildung mit Sprachkursen etc.)
- Elternbeiträge und informelles Schulgeld (z.B. Lehrmittel, Kopiergeld, Geld für Projekte) dürfen nicht zum sozialen Ausschluss führen; die Kosten sind an die niedrigen Einkommen anzupassen bzw. über zu bildende soziale Fonds etc. zu übernehmen
- Schüler/-innen mit besonderem Förderbedarf benötigen Unterstützung z.B. in den sozialen Einrichtungen und durch Fachkräfte und ehrenamtliche Patinnen und Paten

3. Arbeit: Teilhabe an Erwerbsarbeit und Existenzsicherndes Einkommen ermöglichen

Teilhabe an Erwerbsarbeit ist einerseits eine Voraussetzung für eine selbständige Lebensführung, andererseits bedeutet heute leider auch eine Vollzeitberufstätigkeit nicht immer ein Leben oberhalb der Armutsgrenze.

Aufgaben in diesem nur indirekt von der Wohlfahrtspflege und dem Sozialdezernat zu steuernden Feld können sein:

- Die Sicherung und Fortentwicklung von Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und Existenzgründungsmöglichkeiten insbesondere für Geringqualifizierte als wichtiges Anliegen für

eine soziale Stadtgesellschaft öffentlich zu thematisieren und eine Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse einfordern, die zu Existenz sichernden Einkommen führen

- Sozialdezernat, Wohlfahrtsverbände und Kirchen können hier als Arbeitspatzanbieter und als Nachfrager von Dienstleistungen etc. mit einem beispielhaften Verhalten Zeichen setzen
- Konkrete Hilfen zur Beschäftigung, Ausbildung und Qualifizierung
- „Übergangsmanagement“ Schule zu Ausbildung stärken und verstetigen
- Bündnis mit Wirtschaftsunternehmen und -verbänden aufbauen; evtl. Förderpreis prüfen
- SGB II - Beirat unter Beteiligung der Liga prüfen

4. Soziale und kulturelle Teilhabemöglichkeiten verbessern

Niedrigeinkommen und Einkommensarmut haben nicht selten massive Folgen für die soziale Integration und die kulturelle Teilhabe der Betroffenen.

Teils entwickeln sich die Isolationstendenzen aus einem mangelnden Selbstwertgefühl oder sozialer Scham der Betroffenen teils einfach aus der Tatsache, dass nicht genügend Geld für die Teilhabekosten vorhanden ist.

Aufgaben in diesem Themenfeld liegen bei den Wohlfahrtsakteuren konkret u. a.

- in ihrer Rolle als „Veranstalter“ sozialer und kultureller Aktionen; Zugänge zu Bildungseinrichtungen niedrighschwelliger organisieren (Familienkarte verbessern)
- in ihrer Rolle als „Gemeinwesenvernetzer“ und Bereitsteller von Begegnungsorten die soziale und kulturelle Teilhabe dieser Zielgruppe aktiv zu fördern; mehr Open-Air-Veranstaltungen in den Stadtteilen ohne „Verzehrzwang“; vorhandene Räume öffnen
- in ihrer Rolle als anerkannte „Lobby für Arme“ auf andere Veranstalter und Organisationen einzuwirken die Zugänglichkeit ihrer Angebote im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich auch für die Bezieher niedriger Einkommen zu ermöglichen; Mobilität ermöglichen; Recht auf ein Girokonto; gespendete Eintrittskarten einwerben; Vereine sensibilisieren und Selbstorganisation stärken

5. Bezahlbare Wohnungen und ein lebenswertes Wohnumfeld erhalten

Die relativ hohen Mieten und die steigenden Wohnnebenkosten (insbesondere für Energie) sind häufig der Grund, warum viele Erwerbseinkommen nicht für eine selbständige Lebensführung ausrei-

chen.

Konkrete Aufgaben in diesem Themenfeld für Wohlfahrtspflege und Sozialdezernat sind u. a.:

- Den Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus mit dem Ziel, im Wiesbadener Wohnungsmarkt ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren und qualitativ zureichenden Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen verfügbar zu haben ohne dass weiter verdichtete soziale Problemgebiete entstehen
- Fortsetzung und Ausbau der sozialen und gemeinwesenbezogenen Projekte und Programme wie Soziale Stadt und der vielfältigen Gemeinwesenprojekte; es wird ein Projekt im Schelmengraben benötigt
- Erhalt, Förderung und Begleitung „öffentlicher Orte“, die als Treffpunkte für junge Menschen oder auch Wohnungslose dienen, in dem z.B. engagierte Einrichtungen oder Erwachsene Konflikte an diesen Orten mit Nachbarn unterstützend moderieren
- Ehrenamtliche „Konfliktschlichter“ ausbilden

6. **Gesunde Lebensführung fördern**

Wie bei der Bildung wird auch im Bereich der Gesundheit ein immer größer werdender Zusammenhang von materieller Armut und gesundheitlichen Problemen und krank machender Lebensführung deutlich.

Konkrete Aufgaben in diesem Themenfeld für Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Sozialdezernat liegen u. a.

- in der Beratung in gesundheitlichen Fragen und beim Zugang zu den erforderlichen medizinischen Hilfen
- in der Heranführung der Menschen an gesunde und preiswerte Ernährung, aber auch in einem verstärkten Angebot von Mittagstischen mit gesunden und nahrhaften Speiseangeboten
- Erfassung vorhandener Projekte und Fördermöglichkeiten
- In Stadtteilküchen mit Müttern und Kindern gemeinsam kochen und einkaufen (Kochshows)
- Einbeziehung der Kinderärzte u.a.
- Selbstversorgung Freizeit
- Gesunde Ernährung im Alter nicht übersehen
- Analysieren unzureichender Pflegehilfsmittel und Ernährungsbedarfe

Die „Initiative gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe in Wiesbaden“ hat diese hier angerissenen Themenfelder am 7. Februar 2008 im Roncalli-Haus durch ei-

nen gemeinsamen Fachtag mit über 100 Fachkräften weiter konkretisieren und gemeinsame Projekte und Maßnahmen gegen Armut und für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe geplant. Die Initiative ist kein abstrakter Aufruf, sondern eine konkrete Vereinbarung zu Planung, Koordination und Umsetzung von Maßnahmen gegen Armut - für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe in Wiesbaden. Alle Projekte und Maßnahmen der Initiative gegen Armut werden von der „Arbeitsgemeinschaft der freien und behördlichen Wohlfahrtspflege in Wiesbaden“ koordiniert.

Wiesbaden, 07.02.2008